

Flüchtlingskinder

Auch wenn die Zahlen seit der großen Flüchtlingsbewegung von 2015 kontinuierliche zurückzugehen scheinen stellt die medizinische Betreuung von FK für alle involvierten eine große Herausforderung dar. Flüchtlingskinder erhalten zwar mit der Registrierung als Asylwerber die e-card als "Eintrittskarte" ins Krankenversicherungssystem, eine gute medizinische Versorgung ist damit aber bei weitem nicht gewährleistet. Es gibt zwar publizierte Empfehlungen für die medizinische Versorgung (Paediatr Paedolog 2, 2016 · 51:51–58), diese werden aber kaum umgesetzt.

Insgesamt gibt es im gesamten öffentlichen Gesundheitssystem zu wenig Zeit und keine adäquate Honorierung von Prävention, von Aufklärung, von aufwendiger Anamnese und Untersuchung, Dolmetschern.

Für eine gute medizinische Versorgung von geflüchteten Kinder und Jugendlichen gibt es in Österreich kein geeignetes Setting.

Bei der behördlich vorgeschriebenen Erstuntersuchung nach der Ankunft in Österreich in den Verteilerquartieren sind keine Kinderärzte eingebunden. Die weiteren Betreuung ist nicht geregelt, sondern dem Zufall überlassen und erfolgt in Spitälern oder Ordinationen bei Kinderärzten, Allgemeinmedizinerinnen oder bei Schulärztinnen. Selten gibt es flucht- und migrationsspezifische Expertise und ein entsprechendes Setting.

Im österreichischen Impfplan empfohlene Impfungen für Risikokinder (Influenza, Meningokokken, Pneumokokken oder Varizellen bei Kindern mit Immundefekten, Herzfehlern, neurolog. Behinderungen, schweren Hauterkrankungen) werden nicht finanziert. Für sozial schwache Familien, wie eben auch Flüchtlingsfamilien gibt es keine ausreichende Finanzierung und zu wenige Angebote für kostenfreie funktionelle Therapien wie Physio-, Ergo-, Logo- oder Psychotherapie.

Es gibt keinen geordneten Informationstransfer und keine Dokumentation und Datenerfassung. Mangelnde Information der Ärzteschaft und fehlende Dokumentation führen zu Mehrfachuntersuchungen, Mehrfachimpfungen, falscher Medikamentengabe oder Unterlassung von wichtigen Untersuchungen oder Verordnungen und somit zu einer Gefährdung der Gesundheit der Kinder und einer unnötigen Vermehrung des ohnehin schon gewaltigen Arbeitsaufwandes für Kassen-ÄrztInnen und Betreuerinnen.

Es gibt keinerlei Datenerfassung zum Gesundheitszustand der Flüchtlingskinder. Es ist nicht einmal offiziell bekannt wie viele geflüchteten Kinder und Jugendlichen in Österreich leben und wie viele Kinder, die dringend laufende ärztliche Hilfe und Unterstützung brauchen (Diabetiker, Kinder mit Epilepsie, Stoffwechselerkrankungen, Traumafolgestörungen usw.) "verloren" gehen.

Es gibt viele einzeln engagierte Initiativen von KollegInnen und Institutionen, die aber oft voneinander nichts wissen und nicht allgemein bekannt sind.

An den Problemen mit den Flüchtlingskindern werden viele Probleme im Gesundheitssystem deutlich sichtbar.

Ziel der *Arbeitsgruppe Flüchtlingskinder* ist eine Verbesserung der medizinisch-sozialen Betreuung geflüchteten Kinder und Jugendlichen in Österreich. Dies geschieht durch Informationsaustausch und verbesserte Vernetzung, was zu einer besseren individuellen Betreuung der beitragen soll.

Die größte Herausforderung bei der Betreuung von geflüchteten Kinder und Jugendlichen ist die Kommunikation, die durch die Sprachbarriere, den Mangel an leicht verfügbaren fremdsprachigen Informationsmaterial und vor allem den Zeitmangel in Ambulanzen und Ordinationen bedingt ist.

Um diesen Problemen zu begegnen hat die *AG Flüchtlingskinder* einen *Gesundheitspass* für Migrantenkinder ausgearbeitet, in dem Stammdaten, Anamnese, wichtige Diagnosen und Therapie erfasst werden und der auch eine Checkliste der empfohlenen Untersuchungen und einen Laufzettel zur Vereinfachung der Kommunikation unter den verschiedenen betreuenden KollegInnen, Therapeutinnen und Institutionen dienen soll. Dieser Gesundheitspass soll von öffentlichen Stellen finanziert und auch digitalisiert werden. Besprechungen mit dem Team von ELGA und dem Fonds Soziales Wien sind im Gange.

Ebenso mit dem Kommunikationsprobleme beschäftigt sich das Projekt „Videodolmetschen im Gesundheitswesen“ der SAVD Videodolmetschen GmbH, welches von der Plattform Patientensicherheit in Kooperation mit dem Institut für Ethik und Recht in der Medizin, dem ServiceCenter ÖGS.barrierefrei und dem Zentrum für Translationswissenschaft der Universität Wien 2011 initiiert wurde. Ziel ist es eine Finanzierung dieses sehr praktikablen Tools für Schwerpunktambulanzen und Ordinationen mit hohem Migrantanteil zu erwirken.